Nr 187 der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode)

Vorlage der Landesregierung

Gesetz

vom , mit dem das Salzburger EVTZ-Anwendungsgesetz geändert wird

Der Salzburger Landtag hat beschlossen:

Das Salzburger EVTZ-Anwendungsgesetz, LGBl Nr 85/2009, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl Nr 106/2013, wird geändert wie folgt:

1. Im § 1 wird nach der Verweisung "entsprechend Art 16 Abs 1 der Verordnung (EG) Nr 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), ABI Nr L 210 vom 31. Juli 2006," die Wortfolge "in der Fassung der Verordnung (EU) Nr 1302/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013, ABI Nr L 347 vom 20. Dezember 2013," eingefügt.

2. Im § 2 lautet die Z 2:

"2. von einer sonstigen Einrichtung oder einem sonstigen Unternehmen im Sinn des Art 3 Abs 1 lit d bzw e EVTZ-Verordnung, deren Regelung in die Gesetzgebungskompetenz des Landes fällt."

3. Im § 3 Abs 1 wird die Verweisung "unter Anwendung des Art 4 Abs 3 EVTZ-Verordnung" durch die Verweisung "unter Anwendung des Art 4 Abs 3, 3a und 6a EVTZ-Verordnung" ersetzt.

4. Im § 5 werden folgende Änderungen vorgenommen:

4.1. Im Abs 1 lauten die Z 2 und der letzte Satz:

"2. die erforderlichen Genehmigungen durch die für die Anwendung der EVTZ-Verordnung jeweils zuständigen Behörden für die Teilnahme der potenziellen Mitglieder gemäß Art 4 Abs 3 erster Unterabsatz und Abs 3a EVTZ-Verordnung oder für den Beitritt neuer potenzieller Mitglieder gemäß Art 4 Abs 6a EVTZ-Verordnung oder die geeigneten Nachweise für den Ablauf der Frist gemäß Art 4 Abs 3 dritter bis fünfter Unterabsatz EVTZ-Verordnung. Änderungen der Übereinkunft und der Satzung sind unter Anschluss der geänderten Übereinkunft bzw Satzung und bei wesentlichen Änderungen auch der behördlichen Zustimmungen dazu anzuzeigen."

4.2. Im Abs 2 erster Satz wird die Wortfolge "die Satzung und jede Änderung" durch die Wortfolge "die Übereinkunft und die Satzung sowie jede Änderung" ersetzt.

5. Im § 7 entfällt Abs 2. Die Abs 3 und 4 erhalten die Absatzbezeichnungen "(2)" bzw "(3)".

6. Im § 8 wird angefügt:

"(3) Die §§ 1, 2, 3 Abs 1, 5 Abs 1 und 2 und (§) 7 in der Fassung des Gesetzes LGBl Nr/2014 treten mit Beginn des auf dessen Kundmachung folgenden Tages in Kraft."

Erläuterungen

1. Allgemeines:

Die Verordnung (EG) Nr 1082/2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (im Folgenden kurz: EVTZ-Verordnung) hat ein Instrument für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften und öffentlichen Einrichtungen geschaffen, um deren Zusammenarbeit zu erleichtern. Diese Verordnung wurde durch die Verordnung (EU) Nr 1302/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013, ABI Nr L 347 vom 20. Dezember 2013, betreffend den Kreis der potenziellen Mitglieder, die Teilnahme von Mitgliedern aus Drittstaaten sowie Differenzierungen im Genehmigungsverfahren wesentlich geändert. Die geänderten Bestimmungen sind seit dem 22. Juni 2014 zu anwenden.

Gemäß Art 16 Abs 1 EVTZ-Verordnung haben die Mitgliedstaaten die erforderlichen Vorschriften zur Sicherstellung der wirksamen Anwendung dieser Verordnung einschließlich der Bestimmung der zuständigen Behörden, die in Übereinstimmung mit ihren rechtlichen und administrativen Vereinbarungen für das Genehmigungsverfahren verantwortlich sind, zu erlassen. Mit dem Gesetzesvorhaben zur Änderung des Salzburger EVTZ-Anwendungsgesetzes werden die erforderlichen Anpassungen vorgenommen. Die Übergangsbestimmung des Art 2 Abs 5 der novellierten EVTZ-Verordnung verpflichtet weiters die Mitgliedstaaten, der Kommission die Änderungen der nationalen Bestimmungen mitzuteilen.

2. Verfassungsrechtliche Grundlage:

Art 15 Abs 1 B-VG.

3. EU-Konformität:

Mit dem Gesetzesvorhaben werden die erforderlichen Vorkehrungen für die Anwendbarkeit der Verordnung (EG) Nr 1082/2006 in der Fassung der VO (EU) Nr 1302/2013 getroffen.

4. Kostenfolgen:

Es ist mit keinen Zusatzkosten für die Gebietskörperschaften zu rechnen.

5. Ergebnis des Begutachtungsverfahrens:

Es wurden keine Einwände erhoben.

6. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Z 1:

Die Verweisung auf die anzuwendende Fassung der Verordnung wird angepasst.

Zu Z 2:

Der neugefasste Art 3 Abs 1 EVTZ-Verordnung erweitert den Kreis potenzieller Mitglieder eines EVTZ. Für das Gesetzesvorhaben sind jene Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind, von Bedeutung. Diese werden unter Verweisung auf Art 3 Abs 1 lit e EVTZ-Verordnung erfasst.

Weitere durch die EVTZ-Verordnung neuerdings mögliche potenzielle Mitglieder eines EVTZ sind nicht zu berücksichtigen. Jene öffentlichen Unternehmen im Sinn von Art 2 Abs 1 lit b der Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (neu aufgenommen im Art 3 Abs 1 lit d EVTZ-Verordnung) sind durch die Verweisung auf diese Bestimmung bereits nach der geltenden Rechtslage mitumfasst. Betreffend jene nationalen, regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder Einrichtungen oder öffentlichen Unternehmen aus Drittländern (Art 3 Abs 1 lit f EVTZ-Verordnung) ist keine Regelung zu treffen, weil diese vom Anwendungsbereich des Gesetzes nicht unmittelbar erfasst werden. Im Fall eines EVTZ mit potenziellen Mitgliedern aus einem oder mehreren Drittländern hat sich der Mitgliedstaat darüber zu vergewissern, dass die Bedingungen für eine Teilnahme gemäß Art 3a EVTZ-Verordnung erfüllt sind und dass das Drittland die Teilnahme des potenziellen Mitglieds genehmigt hat (Art 4 Abs 3a EVTZ-Verordnung).

Zu Z 3:

Da das Verfahren zur Gründung eines EVTZ gemäß Art 4 EVTZ-Verordnung im Vergleich zur bisherigen Rechtslage differenzierter ausgestaltet wird, ist die Verweisung an die neue Rechtslage anzupassen.

Zu Z 4.1:

Die bei einer Registrierung eines EVTZ vorzulegenden Unterlagen (Z 2) hängen von der Art des Genehmigungsverfahrens ab, die im Art 4 Abs 3, 3a und 6a EVTZ-Verordnung geregelt sind. Bereits nach der geltenden Rechtslage ist die Teilnahmegenehmigung für einen neu zu gründenden EVTZ (Art 4 Abs 3 EVTZ-Verordnung) vorzulegen. Mit der Novellierung der EVTZ-Verordnung wird nunmehr auch die Möglichkeit geschaffen, einem bereits bestehenden EVTZ beizutreten. Für diesen Fall ist eine Beitrittsgenehmigung vorzulegen, die in einem vereinfachten Verfahren erlangt werden kann (Art 4 Abs 6a EVTZ-Verordnung). Weiters wird seit der Novellierung der EVTZ-Verordnung die Entscheidungsfrist von drei auf sechs Monate verlängert und zusätzlich eine Genehmigungsfiktion auf Grund Verschweigens eingeführt. Wenn der Mitgliedstaat, bei dem die Mitteilung eingegangen ist, innerhalb dieses Zeitraums keine Einwände erhebt, gelten die Teilnahme des potenziellen Mitglieds und die Übereinkunft als angenommen (außer der Sitz des EVTZ soll sich in diesem Mitgliedstaat befinden). Für den Fall einer Genehmigungsfiktion ist deshalb ein Nachweis zu erbringen, dass die Genehmigungsfrist (Art 4 Abs 3 dritter bis fünfter Unterabsatz EVTZ-Verordnung) bereits abgelaufen ist.

Zu Z 4.1 und 4.2:

Art 5 Abs 1 EVTZ-Verordnung normiert zusätzlich zur bisherigen Registrierung der Satzung auch die Registrierung der Übereinkunft durch den Mitgliedstaat, in dem der betreffende EVTZ seinen Sitz hat. Diese Erweiterung wird im § 5 Abs 1 letzter Satz (für die Anzeige der Änderung) und im Abs 2 (für die Registrierung der Änderung) übernommen.

Zu Z 5:

Die bisherige Ermessensbestimmung der Landesregierung, unabhängige externe Rechnungsprüfer mit der Durchführung der Kontrolle zu beauftragen, kann entfallen, weil die Benennung eines unabhängigen externen Rechnungsprüfers zukünftig in der Satzung des EVTZ erfolgt (Art 9 Abs 2 lit h EVTZ-Verordnung).

Die Landesregierung stellt sohin den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Das vorstehende Gesetz wird zum Beschluss erhoben.
2. Die Gesetzesvorlage wird dem Verfassungs- und Verwaltungsausschuss zur Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.